

## **Antwort**

**der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Fritz Schumann (Kroppenstedt)  
und der Gruppe der PDS/Linke Liste  
— Drucksache 12/5850 —**

### **Unverzügliche Reaktion der Bundesregierung auf die Feststellungen des Bundesrechnungshofes zu Investitionen und Arbeitsplätzen in den Treuhandverträgen**

Der Bundesrechnungshof stellt in seiner Unterrichtung an den Deutschen Bundestag (Drucksache 12/5650) fest:

„Mehr als die Hälfte der vom Bundesrechnungshof untersuchten Verträge enthielt keine Regelungen oder nur rechtlich nicht bindende Absichtserklärungen des Käufers zu Investitionen und Arbeitsplätzen.“

1. Wie viele Verträge der Treuhandanstalt enthalten
  - a) keine Regelungen zu Arbeitsplätzen,
  - b) rechtlich nicht bindende Absichtserklärungen des Käufers zu Arbeitsplätzen?

Die vom Bundesrechnungshof getroffene Aussage, daß mehr als die Hälfte der untersuchten Verträge keine Regelungen oder nur rechtlich nicht bindende Absichtserklärungen des Käufers zu Investitionen und Arbeitsplätzen enthalten, ist unter statistischen Gesichtspunkten richtig. Eine Bewertung dieser Aussage führt aber zwangsläufig zu Fehlinterpretationen der tatsächlich von der Treuhandanstalt erreichten Ergebnisse.

Die Treuhandanstalt hatte per 31. Dezember 1993 insgesamt 38 256 Privatisierungsverträge – ohne die sog. Kleinprivatisierungen – abgeschlossen. Davon entfallen 25 465 Verträge auf die Veräußerung von Liegenschaften und rd. 3 200 auf sonstige Verkäufe (Mobilien, sonstige Rechte etc.).

---

*Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 21. März 1994 übermittelt.*

*Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.*

Von daher kommen grundsätzlich nur 9 576 Verträge in Betracht, die Regelungen über die Erhaltung und Sicherung von Arbeitsplätzen beinhalten. Von diesen Verträgen enthalten 7 680 Verträge juristisch einklagbare Arbeitsplatzzusagen, das sind rd. 80 vom Hundert. In 6 469 Verträgen wurden Arbeitsplatzzusagen darüber hinaus pönalisiert.

Die Treuhandanstalt hat ferner versucht, den Verkauf von Liegenschaften, die zur gewerblichen Nutzung vorgesehen waren, mit Investitions- und Arbeitsplatzzusagen zu koppeln. In 7 134 Liegenschaftsverträgen konnten insgesamt 289 800 juristisch einklagbare Arbeitsplatzzusagen vereinbart werden.

2. Welche Möglichkeiten haben die Beschäftigten der Betriebe, um zu erfahren, ob für ihren Betrieb Arbeitsplatzzusagen vereinbart wurden?

Der Betriebsrat eines Unternehmens hat nach den geltenden Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes das Recht, rechtzeitig über die Personalplanung des Unternehmens unterrichtet zu werden. Über die vertraglich zugesagten Arbeitsplätze besteht jedoch keine Auskunftspflicht seitens des Unternehmens.

3. Wie viele „privatisierte“ Arbeitsplätze sind von fehlenden oder rechtlich nicht bindenden Arbeitsplatzzusagen betroffen?

Von den per 31. Dezember 1993 ausgewiesenen 1 487 000 Arbeitsplatzzusagen sind für rd. 921 000 Arbeitsplätze einklagbare Vereinbarungen (darunter rd. 689 000 pönalisiert) mit den Investoren abgeschlossen worden. Für etwa 566 000 Arbeitsplätze bestehen juristisch nicht einklagbare Arbeitsplatzzusagen. Im übrigen wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

Eine Statistik über „privatisierte“ Arbeitsplätze – d. h. wohl über die bei einer Privatisierung im Unternehmen Beschäftigten – wird bei der Treuhandanstalt nicht geführt.

4. Welches sind die 100 Betriebe mit den meisten Arbeitsplätzen, für die keine oder rechtlich nicht bindende Arbeitsplatzzusagen vereinbart wurden?

Siehe beigelegte Liste.

5. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, unverzüglich eine Veränderung der entstandenen Situation mit dem Ziel der Sicherung von Arbeitsplätzen herbeizuführen?

Die Bundesregierung sieht keine Möglichkeiten, in Verträge nachträglich einzugreifen, die von der Treuhandanstalt abgeschlossen wurden.

6. Welche gesetzgeberischen oder anderen Möglichkeiten wären denkbar, um die durch die Treuhandanstalt abgeschlossenen Verträge ohne oder ohne rechtlich bindende Arbeitsplatzzusagen mit dem Ziel der Arbeitsplatzsicherung zu verändern?

Auf die Antwort zu Frage 5 wird verwiesen.

**Anlage**

Apparatebau Mylau GmbH,  
Automobil-Commerz-Berlin – ACB – Vertriebs- und Anl.,  
Bau Union Süd Gesellschaft mit beschränkter Haftung,  
Bau- und Handels GmbH Ribnitz-Damgarten i. G.,  
Bau-Union Ostthüringen GmbH,  
BEAG Brau- und Erfrischungsgetränke AG,  
Befestigungstechnik Leipzig GmbH,  
Bergmann-Borsig GmbH,  
Berliner Bremsenwerk-Knorr-Bremse AG,  
Berliner Erdgas Aktiengesellschaft,  
Berliner Gebäudereinigungs GmbH,  
Brehmer Buchbindereimaschinen GmbH,  
Chemiewerk Nünchritz GmbH,  
DEKRA GmbH Kraftfahrzeug Überwachung,  
Deuna Zement GmbH,  
DKF Deutsche Kugellagerfabriken AG,  
DSRK GmbH Potsdam,  
Elbflorenz Grundstücksgesellschaft m. b. H.,  
Elmet-GmbH Hettstedt,  
Energieversorgung Südsachsen AG,  
Erdgas Südsachsen GmbH,  
ERFURT electronic GmbH,  
Gallad'e Präzisionsschmiede Berlin GmbH,  
Gasversorgung für Schwerin-Land GmbH,  
Gasversorgung Nord-Thüringen GmbH,  
Gasversorgung Sachsen-Anhalt GmbH,  
Gasversorgung Sachsen-Ost GmbH,  
Gasversorgung Stadt Dresden GmbH,  
GEA Luftfiltertechnik Wurzen GmbH,  
GEOS Ingenieurgesellschaft mbH Freiberg/Sachsen,  
Görtlitzer Maschinenbau GmbH i. A.,  
Gummiwerke Thüringen Gesellschaft mit beschränkter Haftung,  
Gut Satzkorn,  
HBB Holzhandel in Berlin und Brandenburg GmbH,  
HERZBERGER ARMATUREN GmbH,  
hmp HEIDENHAIN-MICROPRINT GmbH,  
Hydro Agri Rostock GmbH,  
Industriebau Magdeburg GmbH,  
Industriemontagen Merseburg GmbH,  
Isolierungen Leipzig GmbH,  
KBA-Planeta AG,  
Kemmlitzer Kaolinwerke GmbH,  
Kraftverkehr Gera GmbH,  
KSB Halle GmbH,  
Kübler & Niethammer Papierfabrik Kriebstein AG,  
Lausitzer Raumwärme GmbH,  
LINDE Technische Gase Brandenburg GmbH,  
Luftfahrttechnik Ludwigsfelde GmbH,  
Magdeburger Armaturenwerke MAW AG,  
Märkische Gasversorgung Potsdam GmbH,  
Medical-Produkte Lichtenberg GmbH,  
Meissenkabel Kabelwerk Meißen GmbH,

Mineralwolle GmbH Flechtingen,  
Minol Mineralölhandel AG,  
Nachrichtenanlagenbau Dresden GmbH,  
Nachrichtenelektronik Leipzig GmbH,  
NARVA Speziallampen GmbH,  
Nickelhütte Aue GmbH,  
Nordbrand Nordhausen Gesellschaft mit beschränkter Haftung,  
NORTAK Gesellschaft mit beschränkter Haftung,  
Olympia Baugesellschaft mbH,  
Ostthüringer Gasgesellschaft mbH,  
PCK Petrolchemie und Kraftstoffe Aktiengesellschaft,  
Pharmed Handelsgesellschaft mbH,  
Plamag Plauener-druckmaschinen-Aktiengesellschaft,  
Plastmaschinenwerk Wiehe GmbH,  
RAAB KARCHER Brennstoffhandel GmbH,  
Radeberger Exportbierbrauerei GmbH,  
RFT SEL Nachrichtenelektronik GmbH,  
Rohrleitungs- und Anlagenbau GmbH,  
Sächsische Schweiz Fleisch GmbH Pirna,  
SAD Starkstromanlagen Dresden GmbH,  
Sanitärtechnik Eisenberg GmbH,  
Schweißtechnische Lehr- und Versuchsanstalt Halle,  
Siemens Übertragungssysteme GmbH,  
Spree Gas Gesellschaft für Gasversorgung und Energie,  
Stahl- und Spannbeton-Gesellschaft mit beschränkter Haftung,  
Starkstrom-Anlagenbau GmbH,  
Stralauer Glashütte GmbH,  
STUNA Stuck- und Naturstein GmbH,  
Südthüringer Brennstoffhandel GmbH,  
Synthesewerk Schwarzheide AG,  
Technische Gase Leipzig GmbH,  
TELENORMA Leipzig GmbH,  
Textil- und Konfektionsbetrieb Cottbus GmbH,  
Textimaelektronik GmbH,  
Untergrundspeicher-Geotechnologie-Systeme GmbH,  
Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft,  
Verkehrsbau Berlin GmbH mit 3 Beteiligungen,  
Vogtländisches Reifenwerk Plauen GmbH,  
Walzwerk Finow GmbH,  
WBB Wärmeanlagenbau Gesellschaft mit beschränkter Haftung,  
Werkzeugmaschinenfabrik Aschersleben GmbH,  
Wertpapierdruckerei Leipzig GmbH,  
Westsächsische Steinwerke-GmbH,  
WSSB Signaltechnik GmbH,  
Zuckerfabrik F.C. Achard Genthin Gesellschaft mbH,  
Zuckerfabrik Nauen GmbH,  
Zuckerfabrik Nordkristall Güstrow GmbH,  
Zwickauer Steinzeug GmbH.





